

// Im Blickpunkt

Anfang bis Mitte 2008 sollte das MoMiG in Kraft treten, ein Termin, der zwischenzeitlich auf das dritte Quartal 2008 verschoben wurde. Denn noch stehen die abschließende Beratung in den Ausschüssen des Deutschen Bundestages, die zweite und dritte Lesung des Gesetzes im Deutschen Bundestag und der „zweite Durchgang“ der Reform im Bundesrat aus. *Gehrlein* gibt einen aktuellen Überblick zu der geplanten Abschaffung des Eigenkapitalersatzrechts und der rein insolvenzrechtlichen Behandlung von Gesellschafterdarlehen durch das MoMiG, damit sich die Praxis rechtzeitig auf diesen Paradigmenwechsel einstellen kann.

Dr. Martina Koster, Ressortleiterin Wirtschaftsrecht



Entscheidungen

EuG: Gericht bestätigt Geldbuße gegen Deutsche Telekom

Das Urteil des Europäischen Gerichts erster Instanz vom 10.4.2008 – T 271/03 – bestätigt uneingeschränkt die Bußgeldentscheidung der EU-Kommission, die 2003 wegen Missbrauchs der marktbeherrschenden Stellung gegen die Deutsche Telekom verhängt wurde. Laut Pressemitteilung der Kommission vom 10.4.2008 ist das Urteil nicht nur für deutsche Verbraucher von Bedeutung, denn es bestätigt generell, dass marktbeherrschende Betreiber, die ihr Leitungsnetz öffnen müssen, sich dieser Verpflichtung nicht durch ungerechtfertigte „Preisscheren“ entziehen können, d. h. von Fremden höhere Gebühren verlangen als von Hauskunden.

Volltext des Urteils: [// BB-ONLINE](#) BBL2008-845-1 unter www.betriebs-berater.de

BGH: Gesetzliches Leistungsbestimmungsrecht des Netzbetreibers bei Bestimmung des Netznutzungsentgelts

Mit Urteil vom 4.3.2008 – KZR 29/06 – hat der BGH entschieden, dass dem Netzbetreiber nach § 6 Abs. 1 EnWG 1998 bei der Bestimmung des Netznutzungsentgelts ein gesetzliches Leistungsbestimmungsrecht zusteht. Der Nachprüfung der Billigkeit des vom Wettbewerb nicht kontrollierten Netznutzungsentgelts steht es nicht entgegen, wenn der Preis bei Vertragschluss beziffert worden ist oder der Netznutzer eine frühere Preiserhöhung nicht beanstandet hat (Abgrenzung zu BGH, Urteil vom 13.6.2007 – VIII ZR 36/06, [// BB-ONLINE](#) BBL2008-845-2 unter www.betriebs-berater.de).

Volltext des Urteils: [// BB-ONLINE](#) BBL2008-845-3 unter www.betriebs-berater.de

BGH: Eignung von Listen und Tabellen bei der Schadensschätzung

Mit Urteil vom 11.3.2008 – VI ZR 164/07 – hat der BGH entschieden: Die Eignung von Listen

oder Tabellen, die bei der Schadensschätzung Verwendung finden können, bedarf nur der Klärung, wenn mit konkreten Tatsachen aufgezeigt wird, dass geltend gemachte Mängel sich auf den zu entscheidenden Fall auswirken. Bei der Prüfung der Wirtschaftlichkeit von Mietwagenkosten ist grundsätzlich das Preisniveau an dem Ort maßgebend, an dem das Fahrzeug angemietet und übernommen wird.

Volltext des Urteils: [// BB-ONLINE](#) BBL2008-845-4 unter www.betriebs-berater.de

BGH: Kein Vertrauensschutz bei Unwirksamkeit von AGB infolge Rechtsprechungsänderung

Der BGH hat mit Urteil vom 5.3.2008 – VIII ZR 95/07 – entschieden: Dem Verwender Allgemeiner Geschäftsbedingungen, die sich aufgrund einer Änderung der höchstrichterlichen Rechtsprechung als unwirksam erweisen, ist grundsätzlich kein Vertrauensschutz zuzubilligen (Bestätigung von BGHZ 132, 6, 12). Denn ein Vertragspartner, der sich nicht mit der gesetzlichen Regelung begnügt und zur Erweiterung seiner Rechte den Weg der Allgemeinen Geschäftsbedingungen wählt, wird in der Regel nicht dadurch in seinem schutzwürdigen Vertrauen beeinträchtigt, dass eine Klausel geraume Zeit unbeanstandet geblieben ist und erst nach Jahren gerichtlich für unwirksam erachtet wird.

Volltext des Urteils: [// BB-ONLINE](#) BBL2008-845-5 unter www.betriebs-berater.de

BGH: Überleitung des Verbraucherinsolvenzverfahrens in ein Nachlassinsolvenzverfahren bei Tod des Schuldners

Mit Beschluss vom 21.2.2008 – IX ZB 62/05 – hat der BGH entschieden: Ein Verbraucher- oder Kleininsolvenzverfahren wird nach dem Tod des Schuldners ohne Unterbrechung als allgemeines Nachlassinsolvenzverfahren fortgesetzt. Wird der Treuhänder von dem Insolvenzgericht nach dem Tod des Schuldners nicht zum Nach-

lassinsolvenzverwalter ernannt, kann er lediglich die Vergütung eines Treuhänders beanspruchen. Eine den Regelsatz übersteigende Vergütung des Treuhänders kommt in Betracht, wenn er nach dem Tod des Schuldners Tätigkeiten entfaltet, die typischerweise in den Aufgabenbereich eines Nachlassinsolvenzverwalters fallen.

Volltext des Beschl.: [// BB-ONLINE](#) BBL2008-845-6 unter www.betriebs-berater.de

OLG Brandenburg: Kurzfristig rückzahlbare Überbrückungskredite kein Eigenkapitalersatz

Das Brandenburgische OLG hat mit Urteil vom 5.3.2008 – 7 U 88/07 – entschieden, dass kurzfristig rückzahlbare Überbrückungskredite, die der Gesellschaft für nicht mehr als drei Wochen gewährt werden und mit deren fristgerechter Rückzahlung gerechnet werden kann, keinen Eigenkapitalersatz darstellen.

Volltext des Urteils: [// BB-ONLINE](#) BBL2008-845-7 unter www.betriebs-berater.de

Gesetzgebung

Gesetz zum Schutz geistigen Eigentums verabschiedet

Der Deutsche Bundestag hat am 11.4.2008 das Gesetz zur Umsetzung der EU-Durchsetzungs-Richtlinie verabschiedet. Das Gesetz erleichtert den Kampf gegen Produktpiraterie und stärkt damit das geistige Eigentum. Im Einzelnen sieht das Gesetz u. a. eine Verbesserung der Situation von Verbrauchern vor, die sich hohen Rechnungen für eine anwaltliche Abmahnung wegen einer Urheberrechtsverletzung ausgesetzt sehen, erweitert die Geltendmachung der Auskunftsansprüche im Fall der Auskunftsansprüche auch auf Dritte und erleichtert den Schutz geographischer Herkunftsangaben.

(Quelle: PM des BMJ vom 11.4.2008)

➔ *Dazu der Standpunkt von Eickemeier in Heft 18/2008.*